

Die Republik Südkorea ist gegenwärtig eines der zwei Austragungsländer der Fußballweltmeisterschaft. Während der Jubel über den erstmaligen Sieg einer koreanischen Mannschaft auf einer Weltmeisterschaft in allen Wohnzimmern präsent ist, erfährt die Öffentlichkeit über das Schicksal eines Teams, das für den Alltag von Millionen auf einem viel überlebenswichtigeren Feld Bedeutendes leistet, so gut wie nichts. Über 30 GewerkschafterInnen, unter ihnen der Präsident des koreanischen Gewerkschaftsdachverbandes KCTU Dan Byung-ho sitzen im Gefängnis. Auch der Vorsitzende der koreanischen Metallarbeitergewerkschaft KMWF, Mun Sung-Hyun, war über Monate inhaftiert. Er war direkt nach seiner Rückkehr vom Kongress des Internationalen Metallarbeiterverbandes in Sydney Ende November 2001 verhaftet worden. Die Anklage gegen Dan Byung-ho, dem die Organisation von 16 illegalen Aktionen vorgeworfen wird und der bereits zum fünften Mal aufgrund seines mutigen Einsatzes für die Interessen der Lohnabhängigen inhaftiert ist, macht deutlich, dass eine Gewerkschaftsbewegung getroffen werden soll, die sich nicht dem Diktat der kapitalistischen Globalisierung unterwirft. Denn im Zentrum der Anklage stehen die zentralen Aktionen der koreanischen Arbeiterbewegung der Jahre 2000-2001, darunter Generalstreiks, Sympathiestreiks und politische Kampagnen. Den inhaftierten GewerkschafterInnen wird von der Justiz vorgeworfen in verantwortlicher Position an diesen Aktionen mitgewirkt zu haben. Als juristische Handhabe gilt u.a. der Artikel 314 des Strafgesetzbuches, der Streiks als „Geschäftshindernis“ bewerten kann.

Ausgangspunkt der aktuellen Auseinandersetzungen, die zur Inhaftierung der GewerkschafterInnen geführt haben, war die asiatische Wirtschaftskrise 1997, die zu Bankzusammenbrüchen und zur Expansion der Verschuldung des Landes führte. Zur kurzfristigen Abwendung eines ökonomischen Kollapses sah sich die koreanische Regierung gezwungen IWF-Kredite in Anspruch zu nehmen. Diese Kredite haben jedoch - der bekannten neoliberalen Logik folgend - einen hohen Preis. So fordert der IWF:

- Entflechtung der privaten koreanischen Konzerne und Privatisierung der öffentlichen Unternehmen, um den Einstieg ausländischer Konzerne zu erleichtern
- Aggressive Deregulierung der Arbeitsstandards in allen Sektoren; z.B. Erleichterung von Kündigungen zur Durchführung von Massenentlassungen

Die koreanische Regierung unter Präsident Kim Dae-jung erklärt diese Politik für alternativlos und unterstützt die eingeleiteten Massenentlassungen durch die Verfolgung des gewerkschaftlichen Widerstands. Dieser ist massiv, was sich bereits dadurch erklärt, daß in Südkorea keine den europäischen Standards entsprechende Arbeitslosenversicherung existiert. Am prekärsten ist die Lage im ungeschützten Sektor, in dem viele Kleinbetriebe existieren. Hier haben ArbeiterInnen den Versuch eine Anerkennung der Gewerkschaft zu erkämpfen mit Inhaftierung bezahlt.

Die amtierende Regierung hat zu Unrecht das Prädikat einer "Menschenrechtsregierung". Das Koalitions- und Streikrecht sind elementare Menschenrechte. In ihrer Amtszeit wurden allein bis Ende 2001 ca. 790 GewerkschafterInnen inhaftiert. Das sind 100 mehr als unter der Vorgängerregierung, die noch eng mit der Militärdiktatur verfilzt war.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) führt am 27. Juni eine internationale Solidaritätsaktion zur Freilassung der Inhaftierten durch. Im Rahmen dieses Aktionstages ruft die IG Metall Berlin zur Teilnahme an einer Protestkundgebung auf, die um 18 Uhr vor der Koreanischen Botschaft (Schöneberger Ufer 89-91) geplant ist. Eine Unterstützung dieser Aktion auch durch andere Initiativen ist ausdrücklich erwünscht.

| | |
|---|---|
| <p>Protesterkklärungen an die koreanische Regierung bitte an:</p> <p>Kim Dae-Jung; Präsident der Republik Korea 1 Sejong-no Jongno-ku Seoul 110 820 Korea email: president@cwd.go.kr</p> <p>Botschaft der Republik Korea Schöneberger Ufer 89-91 10785 Berlin</p> | <p>Solidaritätserklärungen bitte an:</p> <p>KCTU: 5th Daeyoung Bldg. // 139 Youngdeungpo-2-ga // Youngdeungpo-ku // Seoul 150-032 // Korea Tel.: +82-2-2636-0165 Fax.: +82-2-2635-1134 Email: inter@kctu.org</p> <p>Kopien bitte an: Walter.Mayer@igmetall.de</p> |
|---|---|

Freilassung der koreanischen GewerkschafterInnen !

Protestkundgebung

vor der Botschaft der Republik Korea
Schöneberger Ufer 89-91

Donnerstag, den 27.Juni um 17 Uhr

The Players



1. DAN Dyeong-ho
IM PRISON
FKTU
President

2. CHA Hong-chae
WANTED FOR ARREST
President
Korean Government Employees Union

3. LEE Ho-dong
WANTED FOR ARREST
FKTU-KPFG
Pewee-workers union

4. KIM Jae-gil
IM PRISON
FKTU
Railway workers union

5. KIM Ji-sung
IM PRISON
KCTU-KPWF
Daejeon Motors

6. KIM Jeong-gahn
IM PRISON
KCTU-KPWF
Daejeon Shipbuilding

7. LEE Kyung-soo
IM PRISON
KCTU
Changghak Council Chairperson

8. LEE Sook-haeng
IM PRISON
KCTU-KPWF
Pc. Vase/President

9. HAN Sook-ha
IM PRISON
KCTU-KPWF
Organizing Director

10. YOON Myeong
WANTED FOR ARREST
KCTU-KPWF
Singer

11. IM Young-sook
WANTED FOR ARREST
KCTU-KPWF
Signetics

12. Ra Chang-soo
IM PRISON
FKTU
Railways Workers' Union

13. RYUN Hee-soon
IM PRISON
KCTU-KPWF
Kia Motors

14. JEONG Yae-J
IM PRISON
KCTU-KPFG
Pewee workers union

15. BANG Mya-hoon
IM PRISON
KCTU
Changghak Council

16. HAN Sang-dae
IM PRISON
KCTU-KPFG
KT contingent workers union

Our team won't be at the World Cup

About 30 people are locked up, and many more wanted for arrest in Korea for trade union activities which are within everyone's basic human rights. They are being treated as criminals because they have tried to form trade unions, have sought to protect workers' rights or have joined peaceful demonstrations.

To join the protest, or to find out more about the Korean government's violent and repressive tactics against those involved in legitimate trade union work, visit the website below:

  <http://www.global-unions.org/korea2002>  

Veranstalter:

IG Metall Berlin

IG Metall Verwaltungsstelle Berlin - AK Internationalismus
Alte Jakobstrasse 149, 10969 Berlin